

Laale-Zeitung

Dreizehnhundertster Jahrgang.

Nr. 295.

Halle, Freitag, den 27. Juni.

1910.

Vertrauensvotum für die preuß. Regierung

Preussische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 26. Juni.

Am Ministertisch: Hiesch. Präsident Reinetz eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten. Die Überprüfung der förmlichen Anfrage Adolf Hoffmann (L. S.) über die Stellung der Regierung und der Landesversammlung zur

Unterzeichnung des Friedens

wird fortgesetzt. Hierzu liegt folgende Entschliessung der Mehrheitspartei Graf-Vorsh-Friedberg vor: Die Landesversammlung ist mit dem ganzen Volke einig in der schärfsten Verurteilung des uns aufzugesagten, allem Reichsglück hochwichtigen Friedens, der unser Volk in der schlimmsten Weise verweigert wird. Die preussische Regierung hat diesen Standpunkt gleichfalls zum Ausdruck gebracht. Die Landesversammlung spricht der Staatsregierung ihr Vertrauen aus.

Die Unabhängigen Sozialisten Adolf Hoffmann und Gen. beantragen hierzu folgenden Zusatz: 'Trotzdem man in der entscheidenden Stunde ein Eingreifen der preussischen Regierung für die Unterzeichnung des Friedens geboten.'

Ein Antrag der Rechtsparteien will folgenden Zusatz am Beschluß erheben: 'Das Eintreten der preussischen Regierung für die Unterzeichnung der Antikriegsliste war daher geboten.' Ad. Bartel (Soz.): Die Rechte hat kein Recht zur Kritik. Der Zusammenbruch ist die Folge ihrer verkehrten Politik.

Die Rechte (L. S.): Wir hoffen auf eine Wiedervereinigung mit dem uns jetzt entzerrnen Volksteilen. Denn ein Staatsgebilde von der jetzt für Polen vorgesehenen Form ist auf die Dauer unhaltbar. Jede Diktatur von der Rechten und der Linken kann uns nur in ein Ghos führen. Der Widerstand kann nur gebildet aus dem Boden der Demokratie

Ad. Bresse (Wesf.): Wir wollen eine ausübliche Einmischung ab und hoffen von dem Verständnis unserer Volksteile, daß sie einmütig wieder die Rechte eines freien Gliedstaates innerhalb des Reiches erlangen wird.

Ein Schlußantrag wird angenommen. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag der Rechtsparteien mit 231 gegen 58 Stimmen bei 8 Enthaltungen, der Antrag der Unabhängigen Sozialisten mit 269 gegen 20 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Die Entschliessung der Mehrheitspartei wird im vollen Umfang im zweiten Satz gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialisten, im dritten Satz (Vertrauensvotum für die Regierung) gegen die Rechtsparteien und die Unabhängigen Sozialisten angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Sicherung der Bemitteltheit von Pflanzgewässern. Ad. Weisner (Dn.) beantragt die Ueberweisung an den Agrarminister. Landwirtschaftsminister Braun: Die Vorlage enthält nur solche Eingriffe in das Privatrecht, die im Interesse des allgemeinen Wohls geboten sind. Der Antrag der Binnensicherheit ist für die Volksernährung von großer Bedeutung und wird hoffentlich durch die Vorlage gehoben werden.

Die Vorlage geht an den um sechs Mitglieder verstärkten Landratschaftsausschuß. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Wähler- und Gemeinderäte der Frauen und die weitere Durchführung der Gemeindeverwaltungen.

Ad. Frau Fremde (L. S.): Wir erwarten von der Regierung eine Einmütigkeit auf die Reichsleitung, daß die Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten durchgeführt wird.

Ad. Frau Gottfusen (Soz.): Wir Frauen begrüßen es, daß wir durch die Vorlage endlich das volle Bürger- und Gemeinderäte bekommen.

Ad. Frau Dr. Selme (Dem.): Ich beantrage die Ueberweisung an den Gemeindeauschuß. Ad. Frau Gernich (D. Vpl.): Es ist verwunderlich, daß in der Reichskonferenz der Arbeiterärzte nur eine einzige Frau vertreten war. Der Vorlage stimmen wir zu. Wir hoffen die Mitwirkung der Frau im Gemeindeleben für wichtig und erhaltenswert. (Beifall rechts; Ruf des Ad. Adolf Hoffmann: Besser als gestern der Vater! (Dr. Friedberg); große Heiterkeit.) Ad. Frau Heuberg (Str.): Wir stimmen ebenfalls zu. Ein Regierungskommissar: Ein Gesetzentwurf über die Magistratswahlen

wird dem Hause demnächst vorgelegt. Ad. Nibel-Brigwall (Dn.): Ueber die Grundzüge der Durchführung der Vorlage werden wir im Ausschuß beraten müssen. Der Gesetzentwurf geht an den Gemeindeauschuß.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über weitere Beihilfen zu den Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Ad. Frau Ege (Soz.): Die den Gemeinden vom Staat bisher überwiesenen 810 Millionen Mark reichen nicht aus. Die Beihilfen müssen den unterliegenden Familien wenigstens ein teilweises Dasein sichern. Die Vorlage stellt der Regierung weitere 150 Millionen Mark für diese Beihilfen an die Gemeinden zur Verfügung. Wir fürchten, daß auch dieser Betrag nicht genügen wird.

Ad. Wenz (L. S.): Auch wir sind für ausreichende Beihilfen. Es darf nicht heißen: Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein. Nach kurzer weiterer Aussprache wird die Vorlage angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Neuordnung der Provinziallandtage. Der Entwurf bestimmt die Auflösung der Landtage und ihre Ersetzung nach dem Verhältniswahlrecht für Männer und Frauen bis zum 1. August.

Ad. Wenz (Dn.): Die Provinzialparlamentarier verdienen den Dank des ganzen Landes. Sie haben sachlich und tüchtig gearbeitet. Die Vorlage bedarf der Ausschlußberatung.

Ein Regierungsvortrater: Die Vorlage ist seit langem vorbereitet und nicht erst durch die förmliche Anfrage der Unabhängigen veranlaßt.

Ad. Siedler (L. S.): Der Entwurf ist noch nicht demokratisch genug. Er bedarf der gründlichen Umarbeitung im Ausschuß. Nach weiterer Erörterung geht der Entwurf an den um sechs Mitglieder verstärkten Gemeindeauschuß. Freitag 12 Uhr: Kleine Anfragen, Anträge und Justizetat. Schluß 6 Uhr.

Das preussische Staatsministerium.

WTB. Berlin, 26. Juni. (Antsch.) Im Anschluß an die heutige Tagung der Landesversammlung hat das preussische Staatsministerium beschlossen, im Umkle zu bleiben, und auch diejenigen Mitglieder, die erklärt hatten, auszutreten, verpflichtet, auf ihren Posten auszuharren.

Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks.

Äußerungen eines Führers. Berlin, 26. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Auf der Vollversammlung der Großberliner Arbeitervereine sprach heute nachmittag gegen 4 Uhr das Vorstandsmittglied des Eisenbahnerverbandes Ulrich. Er führte u. a. aus: Der jetzige im Anfangsstadium befindliche Eisenbahnerstreik ist nicht auf politische, sondern auf wirtschaftliche Ziele zurückzuführen. Die Verhandlungen reichen bis zum 28. Februar zurück. Alle Versuche in der Richtung einer gütlichen Einigung haben nichts gebracht. Die Erregung unter den Eisenbahnern ist infolgedessen derart gestiegen, daß sich die Bewegung auf das ganze Reich auszuweiten droht. Noch in der vorigen Woche wollte man nochmals eine Kommission nach Weimar entsenden. Diese habe aus dem Reichswehrminister alle Gefahren vorstellt, die ein Eisenbahnerstreik im jetzigen Augenblick für das wirtschaftliche Leben Deutschlands haben würde. Diese aber habe zu den Eisenbahnern nur erklärt, alle diejenigen Eisenbahner, die jetzt zum Streik ausgerufen werden, würden an die Wand gekittet. Die Empörung darüber ist natürlich sehr groß. Die Verhandlungen seien unfruchtbar auf den Dienstag festgesetzt gewesen. Dann wurden sie auf den Mittwoch hinausgeschoben, und darauf erschien in den Zeitungen eine Notiz, daß die Verhandlungen am heutigen Donnerstag stattfinden würden. Der Berliner Streik ist bei einer Beendigung des Eisenbahnerstreiks erstickt worden, weil man es jetzt habe, sich immer weiter vorwärts zu lassen. Heute sei die Situation so, daß in Berlin nur der Güterverkehr, Posten, Telephon und Anhalter Bahnhöfe noch in Betrieb seien. Es besteht die dringende Gefahr, daß in wenigen Stunden auch diese Bahnhöfe still gelegt werden. Es ist daher damit zu rechnen, daß heute abend der gesamte Berliner Eisenbahnerverkehr ruht. Die Direktionsbezirke Frankfurt a. M. und Berlin haben erklärt, daß sie bei dem Ausbruch eines allgemeinen Eisenbahnerstreiks ebenfalls sofort in den Ausland treten würden. In Potsdam streikt jetzt der gesamte Direktionsbezirk.

Wie vom Eisenbahnerverband gemeldet wird, ist bis zur fünften Nachmittagsstunde noch kein Beschluß über den Generalstreik gefaßt worden, vielmehr werden die Verhandlungen mit der Regierung weiter geführt.

Die Lage in Hamburg.

Fortdauer auf Aussidlung der Regierungs- truppen. Hamburg, 26. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die heutige Polizeikommission hat beschlossen, die Polizeitruppen und Angehörigen vollständig auszusperren und Arbeiter von

Großhamburg übernahm in einer Resolution an den Reichswehrminister die volle Gewehr für ferne Ruhe und Ordnung für Großhamburg und fordert sofortige Zurückziehung in der Nähe befindlicher Regimentsgruppen.

Ruhe in Hamburg.

20 000 Mann Regimentsgruppen rund um Hamburg, 26. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Zuerst ist die Ruhe in der Stadt wieder hergestellt. Das geschäftliche Leben ist überall wieder aufgenommen worden. Die gerichtlichen Akte der Straßenbahn sind ausgeführt und die Straßenbahnen verkehren wieder. Im Rathaus wird beraten, was geschehen soll. Inzwischen stehen rund um Hamburg 20 000 Mann Regimentsgruppen. Heute morgen erfolgte eine ganze Reihe Arresteinstellungen. Die gefangen genommenen Wachen der Truppen wurden aus der Gatedichte in das Unterjünglingsheim gebracht. Von hier wurden sie entlassen, nachdem sie sich verpflichtet hatten, in ihre Wohnungen und nicht in die Kaffern zurückzukehren. Einige Charaktere, die das Verbot nicht befolgen wollten, wurden in Haft gehalten. Die Jungsozialisten führten heute mittag das Rathaus und wollten ähnlich wie in München, hohe Beamte als Geiseln festnehmen. Es ist jedoch alles getan, um das gestörte Abkommen mit den Regimentsgruppen nicht illusorisch zu machen. Die noch in Hamburg ausbleibenden Horner Reinen, darunter das Derby, sind angehalten worden. Da sie in einer anderen Stadt zum Zustand gekommen sind, steht noch nicht fest.

Ein großangelegter Aufstandsversuch.

WTB. Berlin, 26. Juni. Die Unruhen in Hamburg stellen sich, wie WTB. hört, als Teil groß angelegter Aufstandsversuche dar, die über ganz Deutschland hin verbreitet waren. In Hamburg ist jedoch die Bewegung den Führern zu früh aus den Händen geglitten. Weder die Hamburger Bevölkerung noch, was sie mißbraucht werden sollte, noch die Mitglieder der Zweierkommission. Die eintägige Leistung hält sich im Hintergrund. So ist Hamburg das Opfer eines politischen Planes geworden. Es sollen bisher 40 Tot und entsprechend zahlreiche Verwundete festgestellt sein.

Die Plünderungen in Frankfurt a. O.

Eintreffen von Regimentsgruppen. Frankfurt a. O., 26. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Auszug wurden die an 200 Mann von der Wenne geplündert. Der Schaden beträgt 60 000 Mark. Regimentsgruppen und Sicherheitskräfte schritten heute erst zu spät ein, führten aber sofort die Straßen. Heute werden fünf Regimentsgruppen in gerichtliche Geiseln in Frankfurt einmarschieren und haben den Partisanen weichen. Die ostpreussischen Menschen umarmen auf dem Markt, die eine drückende Haltung einnehmen, gerichtet sich ab. Unendlich berichtet Ruhe.

Fortdauer der Unruhen in Landberg.

Einschleichen über den angelegten Schaden. Landberg a. O., 26. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Plünderungen dauerten die ganze Nacht hindurch bis zur frühen Morgenstunden hinein fort. Heutend ist man in den Straßen von Leuten mit schweren Säcken, selbst unbeschädigt haben mit ihnen Wachen heute fort. Die Gendarmen besetzte die Straßen, um die Diebe abzufangen. Heute vormittag wandten sich die Plünderer auch gegen die Anwaltschaften. Die Plünderer zündeten die Säcke und lösteten das an dem Schaden, Säcke usw. fort. Der Schaden beim Provinzialrat beträgt allein über eine Million Mark. Nach Mitternacht wurden auch die nächsten Lebensmittelläden an der Dilsbühnen heim geschloß. Hier wurden Waren im Werte von 20 000 Mark geplündert. Den Reuten und Schuttären ist die in Aussicht genommene Bezahlung von Speck entzogen. Ein Wagon dieses wird eine Einschleppung in der Lebensmittelversorgung einstricken. Bei den Unruhen wurden auch zahlreiche Arbeiterinnen verstrickt. Heute vormittag wurde eine Gruppe von Demonstranten des Schlichtens führen, wo der Anstößigste steht. Es konnten hieran aber verhindert werden. Gegen das verbrecherische Unternehmen haben das Gewerkschaftsrat, die sozialdemokratische Partei Landberg und die Ortsgruppe der Unabhängigen geschlossen in einem Aufruf mit dem Wochentag lösteten Protest aussetzen und gemeinsamen Widerstand erheben. Heute vormittag treten zwei Sozialdemokraten mit Waffeln an. Mitten ein, die Wache durch Schüsse erschrecken. Um 1 Uhr wurde Arbeiter, Zornreiche und Feuerwerk demant. Viele Geschäfte hatten geschlossen. Die Straßenbahn verkehrt nicht infolge des Streiks des Elektrizitätsnetzes.

Ein Kampf im Osten nutzlos.

Verhörungen des Oberpräsidenten a. Ostost. WTB. Bismarck, 26. Juni. (Drahtnachricht.) Oberpräsident von Ostost hat eine Erklärung veröffentlicht, die über die Bewegung in den Disproportionen folgt: Nach Aussage des Reichens, der aus neuen anderen gegen den Reichens Ehren und Zukunft gerichteten Verbindung der Polonierung der deutschen Ostmark bringt, haben Bewohner der Ostprovinzen an nicht das Erlauben gestattet, wußt mit anderen

